

LSG-HH-2009-07-07

- Schriftverkehr -

## **Inhalt:**

1) 07.07.2009: [Kläger->SG] Anrufung.....	3
2) 12.07.2009: [SG->Alle] Klageannahme.....	4
3) 22.07.2009: [SG->Beklagter] Erneute Informationsanforderung.....	6
4) 22.07.2009: [Vorstand->SG] Antwort von Robert Macholdt.....	7
5) 23.07.2009: [SG->Beklagter] Antwort des SG.....	8
6) 24.07.2009: [Beklagter->SG] Antwort von Fridtjof Bösche.....	9
7) 24.07.2009: [SG->Beklagter] Antwort des SG.....	10
8) 24.07.2009: [Beklagter->SG] Erwiderung von Fridtjof Bösche.....	11
9) 24.07.2009: [SG->Kläger] Inkenntnissetzung des Klägers.....	13

## 1) 07.07.2009: [Kläger->SG] Anrufung

Formelle Anrufung des SG durch den Kläger:

Daniel Riecken



Private Anschrift vom  
Schiedsgericht entfernt

E-Mail: dan.riecken@gmail.com

**Piraten Hamburg**  
**Boris Baumann (Vorsitzender Richter)**  
**Postfach 760828**  
**22058 Hamburg**

Hamburg 07. Juli 2009

**BETREFF: SATZUNGSWIDRIGE AUFSTELLUNG EINES BEWERBERS FÜR DIE  
LISTE DER HAMBURGER PIRATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009**

Liebes Landesschiedsgericht,

am 19.12.2008 wurde der nicht der Piratenpartei Deutschland angehörige Siegmund Hoppe durch die 6. Landesmitgliederversammlung der Piratenpartei Deutschland Landesverband Hamburg zum Listenkandidaten für die kommende Bundestagswahl gewählt. Dies stellt einen Verstoß gegen § 9 Absatz 2 der Hamburger Landessatzung dar, nach welchem Listenkandidaten Mitglied der Piratenpartei Deutschland sein müssen.

Diese satzungswidrige Kandidatenaufstellung gefährdet die Wahlzulassung der Hamburger PIRATEN. Nach Prüfung der Rechtslage und Rücksprache mit anderen Piraten sehe ich die einzige Möglichkeit diesen Missstand zu beheben darin, die Wahl anzufechten, mit dem Ziel, dass diese für ungültig erklärt wird.

Nach der Schiedsgerichtsordnung ist bei Klagen gegen eine Mitgliederversammlung die höhere Ordnung und somit in diesem Fall das Landesschiedsgericht zuständig. Ich bitte daher das Landesschiedsgericht, den Sachverhalt schnellstmöglich zu prüfen und zu entscheiden.

Mit freundlichem Gruß,



Daniel Riecken

## 2) 12.07.2009: [SG->Alle] Klageannahme

Formelle Annahme der Klage und Bitte um Informationen vom beklagten Vorstand.

**Betreff:** LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige Aufstellung  
Bewerberliste Bundestagswahl 2009  
**Von:** "Boris Baumann" <Boris.Baumann@piratenpartei-  
hamburg.de>  
**Datum:** So, 12.07.2009, 22:49  
**An:** hehenbergerf@yahoo.de  
"Daniel Raedel" <Daniel.Raedel@piratenpartei-  
hamburg.de>  
"Volker Berkhout" <volker.berkhout@gmx.de>  
"Piratenpartei Landesverband Hamburg Vorstand"  
<hamburg-vorstand@lists.piratenpartei.de>  
dan.riecken@gmail.com

Lieber Vorstand des LV-Hamburg,  
Lieber Daniel Riecken,

Das Hamburger Landesschiedsgericht nimmt den Antrag von Daniel Riecken vom 7. Juli 2009 an, stellt die formgerechte Anrufung fest (vgl. Schiedsgerichtsordnung §3 Abs. 1 Satz 2) und erklärt sich unter dem Vorbehalt für zuständig, dass der Antragsteller zum Zeitpunkt der Anrufung Mitglied der Piratenpartei war.

Der Antrag wird in den kommenden Sitzungen des Landesschiedsgerichtes verhandelt.

Der Kläger hat das Recht einen Stellvertreter seiner Klage zu benennen (vgl. §4 Abs. 2).

Mit diesem Schreiben wird dem Beklagten der Antrag des Klägers und zugehörige Unterlagen übermittelt. Die Klage findet sich im Anhang [1].

Da ein Vorstand beklagt wird, ist vom Vorstand nach Schiedsgerichtsordnung §4 Absatz 2 ein Vertreter zu benennen. Der Vorstand wird gebeten mitzuteilen, seit wann der Kläger Daniel Riecken Pirat im Landesverband Hamburg ist. Der Vorstand des Landesverbandes Hamburg wird weiterhin gebeten sich bis zum 21. Juli 2009 schriftlich zur Sache zu äußern und seinen Vertreter bekanntzugeben.

Dem Landesschiedsgericht gehören die folgenden Richter an:  
Boris Baumann (Vorsitz)  
Daniel Raedel  
Friedrich Hehenberger

Nach §5, Absatz 1 haben die Streitparteien das Recht zu Beginn des Verfahrens einen Richter aus Gründen der Befangenheit abzulehnen.

Um das Verfahren zu beschleunigen wird das Landesschiedsgericht kurzfristig eine Anhörung einberufen, die genauen Termine werden den Streitparteien rechtzeitig mitgeteilt.

Für die weitere Kommunikation verwendet bitte durchgängig das folgende Aktenzeichen: LSG-HH-2009-07-07.

Die Streitparteien werden auf §1, Absatz 2 der Schiedsgerichtsordnung aufmerksam gemacht:  
"Die Schiedsgerichte sind unabhängig und an keinerlei Weisungen gebunden. Die Richter fällen ihre Entscheidung nach besten Wissen und Gewissen auf Grundlage der Satzungen und gesetzlicher Vorgaben. Dabei legen sie die

Satzung und die Schiedsgerichtsordnung nach Wortlaut und Sinn aus. Wird von irgendeiner Seite versucht das Verfahren zu beeinflussen, so hat das Gericht dies unverzüglich öffentlich bekannt zu machen."

Mit freundlichen Grüßen,  
Boris Baumann,  
Daniel Raedel,  
Friedrich Hehenberger

### 3) 22.07.2009: [SG->Beklagter] Erneute Informationsanforderung

Erneute Nachfrage, da der Bitte um Informationen vom 12.07.2009 nicht nachgekommen wurde (Mail wurde überhaupt nicht beantwortet).

**Betreff:** LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009  
**Von:** "Boris Baumann" <Boris.Baumann@piratenpartei-hamburg.de>  
**Datum:** Mi, 22.07.2009, 09:30  
**An:** "Piratenpartei Landesverband Hamburg Vorstand" <hamburg-vorstand@lists.piratenpartei.de>  
hehenbergerf@yahoo.de  
"Daniel Raedel" <Daniel.Raedel@piratenpartei-hamburg.de>  
"Volker Berkhout" <volker.berkhout@gmx.de>  
dan.riecken@gmail.com

Lieber Vorstand des LV Hamburg,

entsprechend §4.7 der Schiedsgerichtsordnung (SGO) ist das Schiedsgericht (SG) angehalten, Urteile in einem angemessenen Zeitraum zu fällen.

Dazu ist jedoch die Mitarbeit der Streitparteien notwendig, was unter anderem in §4.4 SGO geregelt ist: "[...] Hierzu wird den Richtern durch die Streitparteien unaufgefordert jede Information geliefert und auf Anfrage weitere Auskunft erteilt."

Im Schreiben zu dem Fall "LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009" des Schiedsgerichtes vom 12. Juli 2009 an den beklagten Vorstand des Landesverbandes Hamburg wurde der Vorstand gebeten, sich bis zum 21. Juli 2009 schriftlich zur Sache zu äußern und seinen Vertreter zu benennen. Dies ist bis zum jetzigen Zeitpunkt, dem 22. Juli 2009 29:30h, nicht geschehen.

Das SG wertet dieses Verhalten des Vorstandes als Missachtung der Ordnung und der Grundsätze der Piratenpartei Deutschland. Eine fortgesetzte Missachtung wird als schwerwiegend angesehen und entsprechend §6.6 und §6.7 in Abschnitt A der Bundessatzung dem Bundesvorstand vorgetragen.

Das SG weist in diesem Zuge auch in aller Deutlichkeit auf §1.2 SGO hin: "Wird von irgendeiner Seite versucht das Verfahren zu beeinflussen, so hat das Gericht dies unverzüglich öffentlich bekannt zumachen."

Hiermit fordert das SG Hamburg den Vorstand des LV Hamburg ultimativ auf, seine Stellungnahme und Vertreterbenennung bis zum 24. Juli 2009, 18:00h schriftlich beim SG einzureichen.

Entsprechend §4.6 SGO wird der klagende Pirat Daniel Riecken über den aktuellen Stand des Verfahrens in Kenntnis gesetzt, indem er dieses Schreiben in Kopie erhält.

Mit freundlichen Grüßen

Boris Baumann,  
Daniel Rädels,   
Friedrich Hehenberger

#### 4) 22.07.2009: [Vorstand->SG] Antwort von Robert Macholdt

Formlose Antwort des Schatzmeisters Robert Macholdt.

**Betreff:** Re: [PPD-HH-Vorstand] LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige  
Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009  
**Von:** "Robert Macholdt" <robert.macholdt@piratenpartei-hamburg.de>  
**Datum:** Mi, 22.07.2009, 09:47  
**An:** "Piratenpartei Landesverband Hamburg Vorstand" <hamburg-  
vorstand@lists.piratenpartei.de>  
**Cc:** hehenbergerf@yahoo.de  
"Daniel Raedel" <Daniel.Raedel@piratenpartei-hamburg.de>  
"Volker Berkhout" <volker.berkhout@gmx.de>  
dan.riecken@gmail.com

Ich bitte an dieser Stelle, das Verfahren einzustellen.

Entsprechende Person ist Mitglied der Hamburger Piraten (Mitgliedsnummer 3676) und ist somit nicht satzungswidrig als Kandidat der Landesliste aufgestellt.

Viele Grüße  
Robert

## 5) 23.07.2009: [SG->Beklagter] Antwort des SG

Antwort des Schiedsgerichtes auf die Mail von Robert Macholdt

**Betreff:** LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009  
**Von:** "Boris Baumann" <Boris.Baumann@piratenpartei-hamburg.de>  
**Datum:** Do, 23.07.2009, 16:18  
**An:** "Daniel Raedel" <Daniel.Raedel@piratenpartei-hamburg.de>  
hehenbergerf@yahoo.de  
"Volker Berkhout" <volker.berkhout@gmx.de>  
"Robert Macholdt" <robert.macholdt@piratenpartei-hamburg.de>  
"Piratenpartei Landesverband Hamburg Vorstand" <hamburg-vorstand@lists.piratenpartei.de>

Sehr geehrter Herr Macholdt, Lieber Vorstand,  
vielen Dank für den Hinweis bezüglich des Listenkandidaten Sigmund Hoppe.  
Das SG wird diese Information im Laufe des Verfahrens gegebenenfalls in  
Betracht ziehen. Es ist allerdings Aufgabe des Gerichts, die Umstände zum  
Zeitpunkt der Klageeinreichung durch den klagenden Piraten zu untersuchen.

Aus diesem Grunde bleibt die Fristsetzung unserer letzten Mail bis morgen  
den 24. Juli 2009 um 18:00h weiterhin bestehen. Das heißt, der Vorstand muß  
weiterhin einen Vertreter benennen und sich zur Sachlage zum Zeitpunkt der  
Klageeinreichung äußern.

Sollte bis zur angegebenen Frist keine weitere Stellungnahme erfolgen,  
wertet das Schiedsgericht Robert Macholdts Mail vom 22. Juli 2009 mit dem  
Inhalt:

-----  
Subject: Re: [PPD-HH-Vorstand] LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige  
Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009

Ich bitte an dieser Stelle, das Verfahren einzustellen.

Entsprechende Person ist Mitglied der Hamburger Piraten (Mitgliedsnummer  
3676) und ist somit nicht satzungswidrig als Kandidat der Landesliste  
aufgestellt.

Viele Grüße  
Robert

-----  
als Stellungnahme des Vorstandes und Robert Macholdt als Vertreter gegenüber  
dem Schiedsgericht und wird dieses so zu Protokoll nehmen.  
Zusätzlich bitten wir den Vorstand bzw. seinen Vertreter um die Information,  
wann der fragliche Listenkandidat Mitglied in der Piratenpartei geworden  
ist.

Viele Grüße,

Boris Baumann,  
Daniel Rädels,  
Friedrich Hehenberger



## 6) 24.07.2009: [Beklagter->SG] Antwort von Fridtjof Bösche

Offizielle Erklärung, nicht der Beklagte zu sein, von Fridtjof Bösche für den Vorstand:

**Betreff:** [PPD-HH-Vorstand] LSG-HH-2009-07-07 - Ihr Schreiben vom 23. Juli 2009  
**Von:** "Fridtjof Bösche" <fridtjof.boesche@piratenpartei-hamburg.de>  
**Datum:** Fr, 24.07.2009, 13:45  
**An:** Boris Baumann <[Boris.Baumann@piratenpartei-hamburg.de](mailto:Boris.Baumann@piratenpartei-hamburg.de)>  
**Cc:** Piratenpartei Deutschland Landesverband Hamburg - Vorstand <[hamburg-vorstand@lists.piratenpartei.de](mailto:hamburg-vorstand@lists.piratenpartei.de)>

Sehr Geehrter Herr Baumann, Liebes Schiedsgericht,

fristgemäß anworte ich Ihnen als für dieses Verfahren zuständiges Mitglied des Vorstands der Piratenpartei Deutschland Landesverband Hamburg, im folgenden Vorstand genannt, auf Ihr Schreiben vom 23. Juli 2009 in der Sache LSG-HH-2009-07-07.

Das Schiedsgericht gibt in seinem Schreiben vom 12. Juli 2009 in der Sache LSG-HH-2009-07-07 den Vorstand als Beklagten an.

Der Vorstand nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Der Vorstand ist nicht der Beklagte. Der Klager benennt in seinem Schreiben an das Schiedsgericht "Satzungswidrige Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009" vom 07. Juli 2009 keinen Beklagten, sondern zweifelt die satzungsgemäße Wahl des Parteimitglieds Siegmund Hoppe als Landeslistenbewerber der Piratenpartei Deutschland Landesverband Hamburg, im folgenden Landesverband genannt, zur Wahl des 17. Deutschen Bundestages an, mit dem Ziel, dass diese für ungültig erklärt wird. Der Beklagte ist daher die Mitgliederversammlung der des Landesverbands. Das Schiedsgericht wird gebeten diesem Verfahrensfehler entsprechend das Verfahren gegen den Vorstand einzustellen, da es keinen Erfolg haben kann.

2. Weiter soll durch den Vorstand gemäß Schiedsgerichtsordnung §4 Absatz 2 ein Vertreter zu benennen sein. Hierfür muß jedoch der Vorstand Beklagter sein, was bestritten wird. Der Vorstand wird der Aufforderung daher nicht nachkommen.

Es sei angemerkt, dass da die Mitgliederversammlung des Landesverbands beklagt wurde, nach Schiedsgerichtsordnung § 3 Absatz 1 der entsprechende Vorstand als Vertreter festgelegt ist, und daher vom Beklagten ein Vertreter nicht mehr benannt werden muß.

Mit freundlichen Grüßen,

Fridtjof Bösche

## 7) 24.07.2009: [SG->Beklagter] Antwort des SG

Antwort des Schiedsgerichtes auf die Mail von Fridtjof Bösche.

**Betreff:** LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009  
**Von:** "Boris Baumann" <Boris.Baumann@piratenpartei-hamburg.de>  
**Datum:** Fr, 24.07.2009, 15:11  
**An:** hehenbergerf@yahoo.de  
"Daniel Raedel" <Daniel.Raedel@piratenpartei-hamburg.de>  
"Volker Berkhout" <volker.berkhout@gmx.de>  
Fridtjof Bösche Piratenpartei Landesverband Hamburg Vorstand  
<hamburg-vorstand@lists.piratenpartei.de>

Sehr geehrter Herr Bösche, lieber Vorstand,

Nach Schiedsgerichtsordnung §3 abs. 1 Ist bei einer Klage gegen eine Mitgliederversammlung der entsprechende Vorstand eine der Streitparteien. Hier zur Erinnerung der entsprechende Auszug aus der Schiedsgerichtsordnung:

-----  
§ 3 - Anrufung

(1) Das Gericht wird nur durch schriftliche Anrufung durch eine Streitpartei aktiv.

Berechtigt hierzu ist jeder Pirat, falls er sich in seinen Rechten verletzt fühlt oder um

Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme zu erheben, die nur den einzelnen Piraten

betrifft. Weiterhin ist dazu der Vorstand jeder Gliederung berechtigt, wenn es sich um

einen Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme handelt oder Rechte der Gliederung

seiner Meinung nach verletzt wurden. Gerichte sind von einer Anklage ausgeschlossen.

\*Wird eine Mitgliederversammlung angeklagt, so wird diese durch den entsprechenden

Vorstand in der Sache vertreten\*. Zuständig ist generell das Gericht der höheren Ordnung

bzw. bei einem Streitpunkt zwischen Organen gleichrangiger Ordnung das Gericht der

nächsthöheren Ordnung.  
-----

Das Schiedsgericht bittet Sie also nochmals um eine fristgerechte Stellungnahme zu dem in der Anklage angegebenen Sachverhalt.

Mit piratigen Grüßen,  
Boris Baumann,  
Daniel Rädels,   
Friedrich Hehenberger

## 8) 24.07.2009: [Beklagter->SG] Erwiderung von Fridtjof Bösche

Offizielle Erklärung von Fridtjof Bösche für den Vorstand.

**Betreff:** LSG-HH-2009-07-07 - Ihr Schreiben vom 24. Juli 2009  
**Von:** Fridtjof Bösche <fridtjof.boesche@piratenpartei-hamburg.de>  
**Datum:** Fr, 24.07.2009, 16:51  
**An:** "Boris Baumann" <Boris.Baumann@piratenpartei-hamburg.de>  
hehenbergerf@yahoo.de  
"Daniel Raedel" <Daniel.Raedel@piratenpartei-hamburg.de>  
"Volker Berkhout" <volker.berkhout@gmx.de>  
"Piratenpartei Landesverband Hamburg Vorstand" <hamburg-vorstand@lists.piratenpartei.de>

Sehr geehrter Herr Baumann, liebes Schiedsgericht,

erleichtert stelle ich vertretend für den Vorstand fest, dass das Schiedsgericht in der Sache LSG-HH-2009-07-07 nun nicht länger den Vorstand als Beklagten ansieht, sondern in Einvernehmen mit dem Vorstand die Landesmitgliederversammlung.

1. Der Vorstand entspricht der Auffassung des Schiedsgerichts gemäß Sgo § 3, Abs. 1 Vertreter des Beklagten zu sein.

2. Aufgrund des vom Vorstand aufgezeigten und vom Schiedsgericht nicht bestrittenen Verfahrensfehlers, bittet der Vorstand das Schiedsgericht anzuerkennen, dass dem Beklagten keine Fristen gesetzt wurden und somit auch kein Fristversäumnis vom Beklagten begangen werden konnte, sowie die vom Schiedsgericht in seinem Schreiben vom 22. Juli 2009 angemahnte Fristverletzung und die nach Ansicht des Schiedsgerichts daraus resultierende "Missachtung der Ordnung und der Grundsätze der Piratenpartei Deutschland" als nicht gegeben anzusehen.

3. Das Schiedsgericht erklärt sich unter dem Vorbehalt für zuständig, dass der Antragsteller zum Zeitpunkt der Anrufung Mitglied der Piratenpartei war. Der Vorstand gibt dem Schiedsgericht hiermit bekannt, dass der Antragssteller Daniel Riecken Mitglied der Piratenpartei Deutschland Landesverband Hamburg ist und zum Zeitpunkt der Klageerhebung war.

4. Der Vorstand erkennt keine Befähigung eines dem Schiedsgericht angehörigen Richters und macht von seinem Recht nach Sgo § 5, Abs. 1 keinen Gebrauch.

5. Der Vorstand ist bestrebt eine gütliche Einigung mit dem Antragsteller zu erzielen. Der Vorstand bittet das Schiedsgericht den Streitparteien Gelegenheit zu bieten ein Schlichtungsgespräch zu führen, bevor das Verfahren fortgesetzt wird.

6. Die Behauptung des Antragstellers, Siegmund Hoppe sei nicht Mitglied der Piratenpartei Deutschland Landesverband Hamburg, ist unbebründet.

7. Die Zulassung zur Wahl zum 17. Deutschen Bundestages ist durch die am 19.12.2008 erfolgte Wahl des Parteimitglieds Siegmund Hoppe als Landeslistenbewerber nicht gefährdet. Die vom Vorstand beim Landeswahlamt eingereichten Dokumente wurden nicht beanstandet. Die Ordnungsgemäße Wahl der Landeslistenbewerber wurde vom Landeswahlamt nicht betritten.

8. Im Falle, dass ein eventuelles Schlichtungsgespräch nicht erfolgreich ist, beantragt der Vorstand die Zurückweisung der Klage.

Mit Freundlichen Grüßen,

Fridtjof Bösche

## 9) 24.07.2009: [SG->Kläger] Inkenntnissetzung des Klägers

Transparenz gegenüber dem Beklagten – Weiterleitung der Schreiben des Vorstandes.

**Betreff:** LSG-HH-2009-07-07 / Satzungswidrige Aufstellung Bewerberliste Bundestagswahl 2009  
**Von:** "Boris Baumann" <boris.baumann@googlemail.com>  
**Datum:** Fr, 24.07.2009, 19:13  
**An:** dan.riecken@gmail.com  
hehenbergerf@yahoo.de  
"Daniel Raedel" <Daniel.Raedel@piratenpartei-hamburg.de>  
"Volker Berkhout" <volker.berkhout@gmx.de>

Lieber Daniel Riecken,

die Schiedsgerichtsordnung sieht vor, dass alle Streitparteien über den Fortgang des Verfahrens informiert werden.  
Die Stellungnahme des Vorstandes liegt nun vor. Den genauen Wortlaut und alle Mails findest Du weiter unten.

Mit freundlichen Grüßen,  
Boris Baumann

Anhänge: Schriftverkehr vom 22.07.2009-24.07.2009 (Schreiben 3 bis 8 dieser Aufstellung)